



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 209 51/52

Hannover, Georgstraße 33  
6. Dezember 1950

P/V/284

Hinweise  
auf den Inhalt:

Dr. Adenauer hinter verschlossenen Türen	S. 1
Englands geheiligter Sonntag	S. 3
Die Lage in Korea	S. 4
Nachrichten aus der Ostzone	S. 7

## Des Kanzlers geheime Kabinettpolitik

Von Dr. Gerh. Lütkens, M.d.B.

In der Bundestagsitzung vom 21. September hat sich der Bundeskanzler auf eine von mir gemachte kritische Bemerkung zum Ergebnis der New Yorker Beschlüsse folgendermassen geäußert: "So möchte ich Ihnen doch hier sagen, dass mich diese New Yorker Beschlüsse mit grosser Befriedigung erfüllt haben. Ich erblicke in ihnen einen ganz wesentlichen Fortschritt auf dem mühevollen Wege, den wir Deutsche zu gehen haben."

Seit Abschluss der New Yorker Konferenz der drei Aussenminister sind nunmehr über zehn Wochen verstrichen. Etwa so lange befinden sich im Geheimen Staatsarchiv des Bundeskanzleramtes die von den Aussenministern formulierten Beschlüsse darüber, welche weiteren Rechte man mehr denn fünf Jahre nach Beendigung des Kriegszustandes der Bundesrepublik zuzubilligen gesonnen wäre, welche zusätzlichen Verpflichtungen man ihr etwa noch abzuwingen versuchen möchte.

Der Bundestag und die deutsche Bevölkerung haben bis heute noch kein Wort des Bundeskanzlers darüber gehört, was denn eigentlich der konkrete Inhalt der Beschlüsse sei. Es handelt sich immerhin um sehr wichtige Dinge, die das Schicksal jedes einzelnen berühren, die Sicherheitsfrage, die Rüstungsfrage, die Frage der Vorkriegsschulden, die Fragen der Gleichberechtigung und der endlichen Einführung echter demokratischer Formen, die Fragen der Freiheit bei der Gestaltung unseres wirtschaftlichen und sozialen Lebens.

Dr. Adenauer behielt diese Beschlüsse in seinem Schreibtisch. Er hielt es sogar für möglich, über diese Fragen auf dem Petersberg

zu verhandeln. Ja, er ist dabei, mit seiner Unterschrift neue Regelungen anzuerkennen, ohne vorher irgend jemanden ausser sich selbst und einige Beamte seines Geheimkabinetts befragt zu haben. Verlautbarungen der Presse, die offensichtlich auf Bonner Regierungskreise zurückgehen, deuten schon jetzt an, dass der Bundeskanzler sich von seiner Zusage zu befreien sucht, um erst das Schuldenabkommen dem Bundestag zur Ratifizierung vorzulegen.

Warum eigentlich scheut sich Dr. Adenauer, Bundestag und Bevölkerung bekanntzugeben, worum es sich bei dieser Revision handelt? Wenn sie ihn, wie er sagte, "mit grosser Befriedigung erfüllt" hat, warum lässt er nicht uns alle an dieser Freude teilnehmen? Wir wollen es ihm sagen: Er wagt nicht zu bekennen, dass seine Politik der dauernden Verleistungen ohne jedes Ergebnis geblieben ist. Denn die Tatsache ist, dass das "revidierte" Besatzungsstatut in allem wesentlichen eine Bestätigung, ja vielleicht eine Verschlechterung der bisherigen Bestimmungen ist.

Worauf die Unterzeichnung auf dem Petersberg hinausläuft, ist eine erneute Verleistung ohne einen praktisch irgendwie zu Buch stehenden Gegenwert. Ja, vielmehr: indem der Bundeskanzler sich bereit findet die Schuldenverpflichtung in unbestimmter Höhe auf unsere Schultern zu laden, schmiedet er für die Bundesrepublik eine neue Kontrolle auf unabschbare Zeiten, denn aus dieser Verpflichtung wird sich, wie auf Sonnenschein Regen folgt, eine alliierte Schuldenverwaltung entwickeln, wie man sie in früheren Jahrzehnten in Ägypten oder der Türkei gekannt hat.

Solche neuen unmittelbaren und zukünftigen Lasten kann und darf in einem demokratischen Staat kein Minister und kein Kanzler seinem Volke durch einen Akt geheimer Kabinettpolitik auferlegen. Das Volk selbst muss zunächst durch seine gewählte Vertretung dazu Stellung nehmen. Es muss zunächst informiert werden. Ihm muss Gelegenheit gegeben werden, eine Regierung zurückzupfeifen, wenn sie sich in ein unentrinnbares Dickicht verirrt hat. Die Politik Dr. Adenauers auf dem Petersberg ist allmählich zu einer Justament - Politik geworden. Dieser Politik muss ein Ende gemacht werden.

- - - - -

Beinahe eine englische Revolution

B.C.London, im Dezember

Oede und leer sind die Strassen. Läden, Cafés, Restaurants, Theater, Kinos - alle geschlossen. Das Eisentor zum Sportplatz ist durch eine schwere Kette mit Vorhängeschloss gesichert. Die in langen Abständen vorbeitrödelnden Autobusse sind halb leer und machen einen unwirklichen, zwecklosen Eindruck. Einige junge Leute stehen gelangweilt an der Strassenecke. Die Kirchenglocke bimmelt kurz, und aus dem Gotteshaus strömt ein kleines Häuflein von Gläubigen, denen das erlöste Gefühl erfüllter Pflucht aufs Gesicht geschrieben steht. Am Abend öffnen sich die Pforten des Wirtshauses gegenüber, und es ist im Nu überfüllt.

Das ist das typische Bild am Sonntag in allen Städten, gross und klein, von Wales und Schottland, und in fast allen der englischen Provinz. Lediglich in London und einigen wenigen Großstädten Englands, wo es im Stadtrat eine alte liberale und sozialistische Tradition gibt, sind wenigstens die Kinos offen und manchmal auch das eine oder andere Imbisslokal für den Hungrigen.

Dieser freudlose, lastende britische Sonntag geht auf die Puritanerherrschaft des 17. Jahrhunderts zurück, und die massgeblichen Gesetze wurden von Cromwells "Langem Parlament" erlassen, nachdem der "sündhafte König", Karl I., enthauptet worden war. Und man soll ja nicht glauben, dass diese Gesetze veraltet und heute volksfremd seien. Denn das Merkwürdige an diesem Volke ist, dass es den moralischen Inhalt des christlichen Glaubens in seiner grossen Mehrheit achtet und sich von ihm stark beeinflussen lässt, wenn es auch die Form, den Buchstaben des Gesetzes nicht befolgt. Zwar sind die Kirchen nahezu leer, doch wird der Pfarrer in Gewissens- und Herzensangelegenheiten häufig befragt. Bei politischen Stellungnahmen spielt das christliche Gewissen eine grosse, oft die ausschlaggebende Rolle.

Zuweilen hört man Verfechter der Idee, dass geöffnete Sportplätze und Vergnügungstätten am Sonntag, ausserhalb der Kirchgangszeit natürlich, der Kirche eher nützen denn schaden und vielleicht gar manche Seele vor dem Wirtshaus retten würden. Doch die "Sabbatarianer" weisen den Gedanken des "festländischen Sonntags" mit schau-

derndem Entsetzen zurück.

Dass die Mehrheit des Volkes hinter den Sabbatheiligern steht, wurde in der Unterhausdebatte über den Vorschlag zur Sonntagsöffnung der Belustigungen an der Weltausstellung 1951 klar. Regierung und Opposition hatten die Fraktionsdisziplin freigegeben, sodass alle Abgeordneten frei entscheiden konnten, nur von ihrem Gewissen geleitet. (Bei einem Abgeordneten heisst "Gewissen" natürlich meistens das Gewissen seiner Wähler). Der Entwurf wurde mit einer Mehrheit 319 abgelehnt. Die meisten Konservativen und viele Labourabgeordneten stimmten dagegen. Alle Waliser, Iren und Schotten stimmten dagegen. Dafür waren fast nur Engländer, mit einer bemerkenswerten Ausnahme der "Vater des Unterhauses", der konservative, irische Lord Winterton, fand sich in derselben Hammelsprungreihe, wie seine erbitterten Gegner, die englischen Sozialisten.

Am Ende der Parlamentswoche sagte ein witziger Labour-Abgeordneter: "Diese Woche hat gezeigt, dass wir uns in allen Parteien darüber einig sind, dass Atombomben nicht am Sonntag abgeworfen werden dürfen, und dass sie nur in staatseigenen Fahrzeugen zu befördern sind." (Tom Driberg).

- - - - -  
Zum dritten Mal: 38. Breitengrad

sp. Von sachkundiger Seite wird uns geschrieben:

Drei kritische Punkte zeichnen sich an der Korea-Front ab: die drohende Einschliessung der 8. Armee durch den Stoss schneller chinesischer Einheiten über Pyöngyang hinaus mit der Stosrichtung zur Ostküste, die drohende Einnahme von Wonsan, wodurch einerseits der 10. Armee der Weg nach dem Süden verlegt würde, andererseits der Hafen als Evakuierungsbasis ausfallen würde und schliesslich die drohende Einnahme von Hungnam, was den im Kessel südlich vom Changjin-Stausee eingeschlossenen Verbänden ebenfalls die Basis für die Evakuierung aus der Luft nehmen würde. Grosse Teile der eingeschlossenen Truppen müssten bei dieser Evakuierungsart ohnedies darauf verzichten, aus der Kampflinie gebracht zu werden; sie hätten die Rolle des "verlorenen Haufens" zu übernehmen.

Vom Hauptquartier in Tokio aus gesehen, ist die drohende Einschliessung der 8. Armee das für die UNO-Truppen gefährlichste Unternehmen. Die 8. Armee wäre aussersehen gewesen, an einer halbwegs gün-

stigen Stelle quer durch die Halbinsel einen Riegel zu ziehen und zu retten versuchen, was noch zu retten war. Diese Möglichkeiten sind nun verbaut, nicht zuletzt deshalb, weil jeder geordnete Rückzug durch die plötzlich überall auftauchenden Partisanenverbände (Verbände, nicht Truppen) gestört wird. Aber die Aussichten "irgendwo" eine Auffanglinie herzustellen, waren ohnedies gering. Ein geschlagenes Heer, das einmal in die Fluchtbewegung geraten ist und von einem gut geführten, entschlossen angreifenden und in jeder Kampfphase über frische Truppen verfügenden Feind ununterbrochen verfolgt wird (wer wollte bezweifeln, dass das bei den Chinesen nicht der Fall sei), ein solches geschlagenes Heer kann sich nur "erfassen", wenn es in eine wohl vorbereitete Auffangstellung kommt, in der frische, unverbrauchte Verbände den Verfolger aufhalten, um so den Verfolgten Gelegenheit zu geben, sich zu sammeln und kehrtzumachen. Aber in Korea gibt es z.Zt. weder eine solche künstliche Stellung, noch geeignete UNO-Truppen (80 000 Mann werden allein durch die Partisanen gebunden), noch natürliche Verhältnisse (alle Gebirgszüge, Flüsse und Kommunikationen verlaufen in Richtung Nord-Süd); es müsste ein Wunder geschehen, wenn die Katastrophe abgewendet würde. Ein solches Wunder wäre, wenn die Amerikaner eine völlig frische Armee nach Korea werfen könnten, aber auch die Amerikaner können nicht zaubern und General Omar Bradley, Generalstabs-Chef der gesamten US-Streitkräfte, der genau wissen dürfte, was die USA im heutigen Stadium leisten können, konnte auch nur sagen, er hoffe, dass es gelingen werde, eine solche Verteidigungslinie aufzubauen.

General Bradley kann diese Hoffnung kaum mehr auf die heute in Korea verzweifelt kämpfenden Truppen stützen, denn wahrscheinlich wird nicht einmal McArthur genau wissen, was davon noch kampfkraftig ist. Man hat bisher nur bekanntgegeben, dass 15 000 Verwundete abtransportiert wurden, über die Zahl der Gefangenen und Gefallenen schweigt man. Andererseits ist die Verlegung einer frischen Armee über den Pazifik eine Angelegenheit, die langer und sorgfältiger Planung bedarf. Da man McArthurs Versicherungen geglaubt hatte, dass er mit den ihm zur Verfügung stehenden Truppen den Korea-Krieg beenden würde, ist kaum anzunehmen, dass man im Heimatland Vorbereitungen für ein neues Expeditions-Korps getroffen hat. Alle etwa jetzt anlau-

Nachrichten aus der Ostzone:Wieder 7.416 Häftlinge im KZ Bautzen.

sp. Die Zahl der KZ-Insassen des Lagers Bautzen betrug am 1. November, wie das Ostbüro der SPD erfährt, 7.416 Häftlinge. Alle über sechzig Jahre alten Häftlinge wurden in besondere Baracken verlegt. Jüngere Gefangene, insbesondere Jugendliche unter 21 Jahren, müssen an einer politischen Schulung teilnehmen. Eine Reihe von Wachmannschaften wurde entlassen, gegen andere ein Disziplinarverfahren angestrengt, weil sie sich "mit den Gefangenen eingelassen hätten". Im Oktober war die Zahl der KZ-Häftlinge durch Verlegungen nach Brandenburg und den anderen sowjetzonalen Zuchthäusern reduziert worden.

VOFO-Ausbildung für alle FDJler.

sp. Wie das Ostbüro der SPD erfährt, wurde den FDJ-Funktionären an der Universität in Leipzig angekündigt, dass sie das Studium ein Semester unterbrechen und in dieser Zeit eine Ausbildung bei der Volkspolizei durchmachen müssten. Vor allem die Arbeiter- und Bauernstudenten würden in Zukunft vor dem Übergang zum normalen Studium diese Dienstzeit ableisten müssen. Man nimmt an, dass zu dieser militärischen Ausbildung zunächst alle FDJ-Funktionäre herangezogen werden sollen.

"Imperialistische Erinnerungen"

sp. Das Amtliche Mitteilungsblatt der Stadt Leipzig veröffentlicht die Umbenennung von 151 Strassennamen. Unter anderem wurden alle Namen abgeschafft, die auf die abgetretenen Ostgebiete hinweisen. Es gibt also keine Breslauer Strasse, keine Danziger Strasse usw. mehr. In der Begründung heisst es, solche Namen würden "imperialistische Erinnerungen" wecken.

Fotomontagen von der Sowjethilfe

sp. " In den neuen Klubräumen am Hauptbahnhof eröffnete die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in diesen Tagen eine sehr eindrucksvolle Wanderausstellung. In Form einer vielfältigen Serie technisch ausgezeichneter Fotomontagen versinnbildlicht die Ausstellung den mit Hilfe der Sowjetunion aus Nachkriegswirren beschrittenen Weg unserer Deutschen Demokratischen Republik in eine hellere Gegenwart. Bildhaft ruft die Ausstellung die immer wieder in weltgeschichtlichen Situationen grosszügig gewährte Hilfe der Sowjetunion in das Gedächtnis zurück. ("Volksstimme" SED Chemnitz)

Pflichtvergessene FDJ -Gruppe I

sp. " Die FDJ-Gruppe I der Oberschule Reick ladet ein zum Schulball im Kurhaus Bühlau. Es spielt Heinz Kretzschmar... " Auch die zentrale Schulgruppe "Andersen Nexö" der Einheitl. Grund- und Oberschule Jägerstrasse erhielt diese Einladung. Sie antwortete: "Liebe Freunde von der Oberschule Reick! Wir haben Euch Eure Karten für den Schulball zurückerstattet, da wir am gleichen Tage im Rahmen des Friedensaufgebotes für Dresden eine Großwerbung veranstalten. Wir sind der Meinung, dass wir uns einen Schulball mitten im Friedensaufgebot, gerade jetzt, wo der Endkampf um die Weltbundfahne begonnen hat, nicht leisten können. Wir schlagen Euch vor, dass unsere beiden Schulen bis 15. November in einen Wettbewerb treten. Wettbewerbspunkte: 1. Mitgliederwerbung, 2. Werbung von Abonnenten für die "Junge Welt", 3. Abstellung von Pionierleitern. Wir erwarten Eure Zusage."

=+ "Sächs. Zeitung" (SED Land Sachsen)

Verantwortlich: I. V. Josef Schmidt